

Tätigkeitsbericht 2016

Inhalt

Einleitung

| | |
|---|----------|
| 1. Themenvorträge im Rahmen der Sitzungstermine | Seite 03 |
| 2. Weitere Aktivitäten..... | Seite 05 |
| 3. Offene Sprechstunde..... | Seite 06 |
| 4. Geschäftsführung des Beirates..... | Seite 06 |
| 5. Anhang..... | Seite 07 |

Impressum

Einleitung

Zu Beginn des Jahres 2016 lebten in Frankenthal (Pfalz) 4.827 schwerbehinderte Bürgerinnen und Bürger. Um ihnen ein selbst bestimmtes Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen zu erleichtern, wurde im Oktober 2014 der Beirat der Menschen mit Behinderung ins Leben gerufen. Dort werden von den Mitgliedern – betroffene Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt, Vertreter/innen der örtlichen Unterstützungseinrichtungen als auch von Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung – Strategien und Projekte zur Umsetzung der Barrierefreiheit entwickelt und begleitet.

Neben der Beseitigung vorhandener und der Vermeidung neuer baulicher Hindernisse gehört auch eine nachhaltige Informations- und Sensibilisierungsoffensive zu den Aktivitäten des Beirates.

Einen Einblick in die Aktivitäten vermittelt der vorliegende Tätigkeitsbericht für das Jahr 2016.

1. Themenvorträge im Rahmen der Sitzungstermine

Bereits Ende des Jahres 2015 entwickelte sich unter den Mitgliedern des Beirates die Idee, durch **Themenvorträge** zu bestimmten Behinderungsarten für mehr Information und Aufklärung zu sorgen. Verbunden war damit der Gedanke, dass die einzelnen Beiratsmitglieder in ihren jeweiligen Funktionen und sozialen Kontexten als Multiplikator/innen dienen und somit zu einer größeren Sensibilität für die spezifischen Belange der Betroffenen beitragen.

1.1

Zum Thema „**Blindheit**“ schilderte die Vorsitzende des Beirates Kerstin Sauer, dass es verschiedene Formen von Barrieren gebe. Zum einen seien dies die tatsächlichen in Form von echten Hindernissen im öffentlichen Raum (Zuparken von Gehwegen, unkoordiniert abgestellte Gegenstände, Hineinragen von Schildern o.ä. in den „Luft-raum“ etc.) oder der fehlende technische Zugang zu vielen digitalen Angeboten. Zum anderen gebe es die Barrieren im Kopf der Sehenden, die sich meist unzutreffende Vorstellungen von den wirklichen Fähigkeiten und Möglichkeiten von blinden Menschen machten. Frau Sauer beschrieb, wie durch überlegten Einsatz von Hilfsmitteln, viel Training und gelegentlicher menschlicher Hilfe der Tagesablauf ziemlich alltäglich werde. Darüber hinaus gab sie den Zuhörenden Gebote für den Umgang mit Betroffenen mit auf den Weg (vgl. Anlage 1).

1.2

Herr Schiffer, Leiter des Pfalzinstitutes Hören und Kommunikation (PIH), erläuterte zunächst die historische Entwicklung der Einrichtung, die seit nahezu 200 Jahren für

die Bildung und Ausbildung von **Hörbehinderten und Gehörlosen** in der Region verantwortlich ist. Er beschrieb die unterschiedliche gesellschaftliche Wahrnehmung dieser Behinderung und machte dies an den über die Zeit wechselnden Namen der Einrichtung deutlich. Seine beiden Mitarbeiterinnen Frau Hiemer (hörbehindert) und Frau Reinhardt (gehörlos) wiesen besonders darauf hin, wie wichtig es für sie sei, dass lautsprechende Menschen sich ihnen im Gespräch zuwendeten, deutlich und nacheinander sprächen und sich vergegenwärtigten, dass Rufen oder Hupen keinen Sinn habe. Das Verständnis der Hörenden für ihre Belange müsse weiter ausgeprägt werden und beide warben für ergänzende Hilfsmittel wie Umwandler von Sprache in Schrift insbesondere in öffentlichen Einrichtungen (vgl. Anlage 2).

1.3

Frau Krebs, die städtische Psychiatriekoordinatorin, stellte die unterschiedlichen **psychischen Erkrankungen** wie Sucht, Depressionen, Angst- und Zwangsstörungen sowie Psychosen vor. Je nach Art und Schwere der Erkrankungen könnten die Betroffenen ihr Leben mehr oder weniger selbst gestalten und gesellschaftliche Teilhabe ausüben. Allerdings sei es schwierig, für offenkundig Betroffene Wohnraum und Arbeit zu finden, weil die Vorbehalte sehr ausgeprägt seien. Frau Krebs warb für einen aufmerksamen Umgang der Mitmenschen mit den Betroffenen und ein Ansprechen der Probleme. Es gebe viele Lösungsmöglichkeiten, die die Betroffenen oft krankheitsbedingt nicht (mehr) selbst wahrnehmen könnten (vgl. Anlage 3).

1.4

Herr Riedt, Leiter der **Ludwigshafener Werkstätten**, machte die Aufgaben der Werkstätten und dessen Träger, das Ökumenische Gemeinschaftswerk, deutlich. In Werkstätten arbeiteten 3 Prozent der als schwerbehindert anerkannten Menschen. Dabei gebe es die unterschiedlichsten Arbeitsbereiche von Industrieproduktionen über Garten- und Landschaftsbau bis zur Montage und dem Einsatz in Küche und Wäscherei. Auch bestünden Möglichkeiten, Betroffene aus der Werkstatt heraus in unterstützte Arbeit und im Einzelfall sogar im regulären Arbeitsmarkt unterzubringen. Das von der UN verbrieftete Recht auf Arbeit (und Lohn) müsse in der Bundesrepublik umgesetzt werden und der Weg zu einem inklusiven Arbeitsleben sei noch sehr weit.

Aus den aus den Vorträgen gewonnenen Erkenntnissen entwickelte sich die Vorstellung der Mitglieder, mit diesen Themen mehr in die Öffentlichkeit zu treten. Es konstituierten sich daher zwei Arbeitsgruppen mit dem Ziel, im Jahr 2017 einen Aktionstag mit Selbstversuch für Frankenthaler/innen durchzuführen und eine Broschüre für Nicht-Betroffene zu erstellen.

2. Weitere Aktivitäten

2.1

Der Beirat führte in Zusammenarbeit mit der städtischen Gleichstellungsbeauftragten, Frau Löwer, am 04.05.2017 einen **Aktionstag** zum Thema „**Barrierefreie Stadt**“ durch. Es nahmen eine Vielzahl von Einwohner/innen die Gelegenheit wahr, die schwierig zu bewältigenden Punkte in der Stadt zu benennen und für Verbesserungen zu werben. Einige Dinge, wie die mangelhafte Beschilderung des barrierefreien Zugangs zum Rathaus, können schnell abgestellt werden. Die als gefährlich einzustufende Pflasterung auf dem Rathausplatz und in der übrigen Fußgängerzone können – wenn überhaupt – nur bei in späteren Jahren ohnehin anstehenden Baumaßnahmen abgeändert werden. Besonders deutlich wurde an diesem Aktionstag auch, dass das rechtswidrige Parken auf Gehwegen, in der Fußgängerzone und auf Schwerbehindertenparkplätzen insbesondere für blinde und körperbehinderte Menschen ein alltägliches Ärgernis darstellt (siehe auch 2.3 und vgl. Anlagen 4).

2.2

Am Jahresanfang stellte der Bereich Planen und Bauen in Zusammenarbeit mit dem beauftragten Planungsbüro die überarbeitete Fassung für den **Umbau des Bahnhofvorplatzes** und des **ZOB** vor. Die vom Beirat im Vorjahr erhobenen Bedenken und Vorschläge wurden zum Teil berücksichtigt. Das erstellte Tastmodell trug sehr zum besseren Verständnis bei und wurde ausdrücklich von allen blinden Beteiligten gelobt. Die Mitglieder boten auch im Weiteren ihre Mitarbeit in der Ausgestaltung und vor allem für die spätere Umsetzung in der Bauphase an, was seitens des Planungsbüros sehr begrüßt wurde.

2.3

Den Mitgliedern des Beirates ist es ein besonderes Anliegen, die Parksituation in Frankenthal im Sinne der Betroffenen zu verändern. Daher brachten sich Herr Rösch und Frau Sauer auch in der entsprechenden Arbeitsgruppe der Verwaltung zur Neugestaltung des **Parkraumbewirtschaftungs-Konzeptes** ein. Im Juni 2016 kam es zu einer Begehung der Innenstadt unter Beteiligung von Oberbürgermeister Martin Hebich, verschiedenen Mitgliedern der Verwaltung aus den Bereichen Planen und Bauen sowie Ordnung und Umwelt und der Vorsitzenden Kerstin Sauer. Hier wurden nochmals die dringendsten Bedürfnisse für Menschen mit Behinderung erörtert.

Im Vorgriff auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die ihre Arbeit 2017 wieder aufnehmen wird, sicherte Oberbürgermeister Martin Hebich in der Sitzung des Beirates Anfang des Jahres 2017 zu, schon jetzt den Überwachungs- und Ahndungsdruck für den ruhenden Verkehr erhöhen und die Kontrolldichte sowohl in zeitlicher als auch in örtlicher Hinsicht verstärken zu wollen. Hierzu werde der kommunale Vollzugsdienst personell aufgestockt. Außerdem soll die 4-Platten-Regelung, die mit der Landesbauordnung nicht konform geht, einer kritischen Überprüfung unterzogen und für

den äußeren Innenstadtbereich alternative Parküberlegungen angestellt werden. Seitens des Beirates wird gerade dieser Punkt mit Nachdruck verfolgt, weil sich aus vielen persönlichen Gesprächen mit Betroffenen der Handlungsbedarf geradezu aufdrängt (vgl. Anlage 5).

2.4

Seitens des Beirates soll der Kontakt zu den betroffenen Einwohner/innen intensiv gelebt werden. Daher war es dem Beirat von Anfang an ein dringendes Anliegen, für die Sorgen und Nöte sowie Ideen und Bedürfnisse der Betroffenen als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Aus der Einwohnerschaft wurde an den Beirat herangetragen, sich für die Schaffung einer **Ruftaxilinie**, die das Stadtklinikum anbindet, einzusetzen. Eine Umsetzung durch die Verwaltung ist zurzeit nicht möglich, da dies mit den geschlossenen Verträgen im Rahmen der ÖPNV-Versorgung nicht vereinbar sei. Bei der Neuverhandlung dieser Verträge solle aber dieses Bedürfnis mit in die Planungen einbezogen werden.

3. Offene Sprechstunde

Aus der vom Beirat regelmäßig angebotenen offenen Sprechstunde sind keine Anregungen hervorgegangen. Ohnehin findet diese Sprechstunde keinen regen Anklang, so dass das Konzept für sie für das Jahr 2017 überdacht und abgeändert wurde. Die Sprechstunde wird jetzt auch teilweise telefonisch durchgeführt. Leider konnte hier trotz einer umfangreichen Presseveröffentlichung nach einem Gespräch mit Mitgliedern des Beirates keine wesentliche Veränderung erzielt werden (vgl. Anlage 7).

4. Geschäftsführung des Beirates

Die Geschäfte des Beirates führt dankenswerter Weise weiterhin die städtische Gleichstellungsbeauftragte und Beauftragte für die Belange behinderter Menschen, Frau Löwer. In diesem Zusammenhang bereitet sie u.a. in enger Abstimmung mit der Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden die Sitzungen vor, unterstützt die Vorsitzende bei der Sitzungsleitung und fertigt das Protokoll. Darüber hinaus organisiert sie die Termine der offenen Sprechstunde und ist verantwortlich für die Aktualisierung und Pflege des Internetauftritts des Beirates.

5. Anhang

Anlage 1

Sprechende Fahrgastinfo

Verwaltung und Planer stellen Behinderten-Beirat angedachte Neuerungen am Bahnhof vor

Der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) und das Bahnhofsumfeld sollen komplett barrierefrei werden: Das ist eines der Ziele der geplanten Umgestaltung. Am Donnerstag informierte sich der Beirat für Menschen mit Behinderung über Entwürfe und Sachstand.

Zu der Sitzung unter Leitung von Beiratsvorsitzender Kerstin Sauer kamen Oberbürgermeister Martin Hebich, Bürgermeister Andreas Schwarz (SPD) und Beigeordneter Bernd Knöppel (CDU) als Ansprechpartner. Diplomingenieur Uwe Weiss von der Mailänder Consult GmbH stellte die Entwürfe vor. Vor und neben dem Bahnhofsgebäude, also inklusive des ZOBs sei eine Gesamtfläche geplant, die auch die Eisenbahnstraße integriere. Die jetzige Ampelkreuzung würde durch einen kleinen Kreislauf ersetzt und die Bordsteine so herabgesetzt, dass alles barrierefrei wird. Der ZOB werde eine Mittelinsel erhalten, die teilweise überdacht ist und den barrierefreien Einstieg in die Busse ermöglicht. Acht Stellflächen für Busse seien vorgesehen. Eine digitale Fahrgastinfo mit Sprachfunktion, die auch für Blinde bedienbar ist, solle die Benutzung erleichtern.

Behindertenparkplätze sind ebenso eingeplant wie Taxiplätze und Buchten für kurzes Anhalten. Eine Behindertentoilette auf dem ZOB-Gelände werde installiert. Fahrradplätze und Boxen, in denen Räder gut gesichert sind, sollen folgen. Zur Verschönerung solle ein ebenerdiges Wasserspiel dienen. Der Kiosk soll weiter zurückgesetzt und zu den Gleisen hin geöffnet werden. Um die Querungsmöglichkeiten für Sehbeeinträchtigte zu verbessern soll ein Blindenleitsystem auf dem gesamten Gelände installiert werden.

Auf Nachfragen aus dem Gremium sagte Hebich, dass der Baubeginn von den Zusagen des Landes abhängt, das 85 Prozent der Kosten übernehme. „Wir möchten die Aufenthaltsqualität verbessern und die Barrierefrei-



Komplett barrierefrei soll das Bahnhofsumfeld nach der Umgestaltung sein. Ein Termin für den Baubeginn steht noch nicht fest. ARCHIVFOTO: BOLTE

heit auf dem ganzen Gelände ermöglichen“, betonte er. Man wolle eine Lösung, „die die nächsten 50 Jahre passt“. Auf Bedenken von Beiratsmitgliedern wegen des Kreislaufs erwiderte er, dass schon vom Neumayerring kommend die Straßenführung optisch verändert würde und auch durch die Absenkung der Bürgersteige der Autofahrer langsamer fahren würde, wie Untersuchungen in anderen Städten gezeigt hätten. Außerdem werde eine Herabsetzung der Geschwindigkeit in diesem Bereich überlegt. Die Entwürfe bedeuteten noch nicht, dass alles Weitere unveränderlich sei.

Um mehr Verständnis für die Herausforderungen unterschiedlicher Behinderungen zu wecken, stellen Betroffene im Beirat ihren Alltag vor. Sauer, die selbst stark sehbehindert ist, sagte: „Es ist als Nichtbetroffener schlicht nicht möglich nachzuempfinden, wie der Alltag aussieht.“ Es gebe viele Hilfsmittel für Blinde wie

sprechende Fieberthermometer und Wecker, aber eine Waschmaschine und andere Geräte seien ohne Hilfe praktisch nicht bedienbar. Barrierefreiheit im Beruf sei noch keine Selbstverständlichkeit. Sie selbst benötige an ihrem Arbeitsplatz bei der Justiz eine Assistentin. Unverständlich ist für Stefan Pflieger (SPD), dass einige Gastronomen mit Sondernutzung Behindertenparkplätze für ihre Außengastronomie nutzen. Hebich sagte, dass dies grundsätzlich möglich sei, aber dafür in der Regel an anderer Stelle Behindertenparkplätze geschaffen werden.

Im November war der Beirat auf einem Ortstermin in der Stadtklinik. Bürgermeister Andreas Schwarz informierte, dass man fehlende oder kaputte Beleuchtung, fehlende Absenkungen beim Aussteigen und eine unklare Wegeordnung für Blinde beheben wolle. Bei Vorträgen werde künftig ein Gebärdendolmetscher eingesetzt. (ma)

EINWURF

Hilfe beim Helfen

VON MAGDALENA RINGELING

Viele Menschen, die Behinderten begegnen, sind unsicher. Durch gut gemeinte, aber manchmal gar nicht gewünschte Hilfe werden Betroffene bisweilen verunsichert oder gekränkt, etwa, wenn nur mit der Begleitperson gesprochen wird. Das schilderte die stark sehbeeinträchtigte Kerstin Sauer im Beirat plastisch und humorvoll. Der Weg zum Arbeitsplatz wird schon durch einen Mülleimer auf dem Gehweg zum Hindernislauf, nicht jeder Behinderte will angefasst werden. Gegenseitiges Verständnis und Respekt sind gefragt. Reden ist da wichtig. Hilfreich für alle, die richtig helfen wollen, wäre ein Leitfaden für Nichtbehinderte.

EINWURF

Die Rheinpfalz, 18.01.2016

Anlage 2

Fahrdienst wenig gefragt

Stadt zieht im Beirat für Menschen mit Behinderung Zwischenbilanz des Angebots

Der Fahrdienst für schwerbehinderte Menschen wird bisher nur schwach nachgefragt. Die Voraussetzungen für die Nutzung des Angebots sollen deshalb gelockert werden. Das hat die Verwaltung in der Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung mitgeteilt. Ein weiteres Thema: die geplante Aktion zum „Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ am 4. Mai auf dem Rathausplatz.

Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) bietet den Fahrdienst seit 1. November 2015 in Frankenthal an (Telefon 06233 21038). Ursprünglich sei man von 70 Nutzern pro Monat ausgegangen, es seien allerdings nur 18 gewesen, sagte Beiratsvorsitzende Kerstin Sauer. Bislang seien nur Fahrten innerhalb Frankenthals möglich. Jetzt werde überlegt, beispielsweise auch weitere Fahrten zu ermöglichen, deren Kosten dann aber vom Nutzer ab der Stadtgrenze allein zu tragen wären. Auch die Modalitäten würden überdacht. Die Vorschläge müsse der Fachausschuss des Stadtrats absegnen, sagte Birgit Löwer, Beauftragte der Stadt für die Belange behinderter Menschen. Ein Vorschlag, den der Beirat nach einer Begehung der Stadtklinik gemacht hatte, sei jetzt umgesetzt worden. In Blindenschrift seien auf mehreren Etagen in der Klinik Hinweise angebracht worden.



Im vergangenen Herbst eingerichtet: der von der Stadt finanzierte und vom Arbeiter-Samariter-Bund organisierte Fahrdienst. ARCHIVFOTO: BOLTE

Den Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung gibt es seit 23 Jahren. Verbände und Organisationen der Behindertenhilfe und -selbsthilfe machen an diesem Tag auf die Kluft zwischen gesetzlichem Anspruch und der Lebenswirklichkeit aufmerksam, so die Veranstalter. „Gemeinsam für eine barrierefreie Stadt“ ist das Motto des Aktionstags, der in Frankenthal am 4. Mai von 11 bis 14 Uhr stattfindet und für den Löwer um die Unterstützung der Beiratsmitglieder bat.

„Das Parkraumbewirtschaftungskonzept ist inzwischen wohl unter die Räder gekommen“, meinte Beiratsvorsitzende Kerstin Sauer mit Blick auf frühere Pläne der Stadt. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, auf die Belange behinderter Menschen Rücksicht zu nehmen. Alle Anwesenden plädierten dafür, hier bei der Stadtverwaltung nachzufassen.

In jeder Beiratssitzung stellen Betroffene besonders kritische Punkte für Menschen mit Behinderungen vor. Diesmal ging es um Hör-Sprach-Behinderungen. Rainer Schiffer, Leiter des Pfalzinstituts für Hören und Kommunikation (PIH), Anne Hiemer (Lehrerin) und Gerda Reinhard (Sprachdozentin) berichteten aus ihrem Alltag. Ein Kritikpunkt: der Bahnhof in Frankenthal, den viele ältere PIH-Schüler nutzten. Die Kommunikation am Schalter sei sehr schwierig. Aus dem Beirat kam der Vorschlag, sich der elektronischen Verständigung zu bedienen.

Es gebe Geräte, die Sprache in Text umwandelten. Nicht immer würden Änderungen des Fahrplans elektronisch angezeigt, und Durchsagen könnten ja von vielen nicht gehört werden, sagte Hiemer. Sie schlug vor, Ansagen durch Lichtsignale sichtbar zu machen, damit Hörbehinderte wüssten, wenn ein Zug zum Beispiel von einem anderen Gleis abfahre. Gleiches gelte auch für den Busbahnhof. (ma)

Die Rheinpfalz, 19.04.2016

Anlage 3

Barrieren in den Köpfen

Beirat der Menschen mit Behinderung will sich stärker für psychisch Kranke einsetzen

Bordsteine, die zu hoch sind für Rollstuhlfahrer, oder Schilder, die Sehbehinderten den Weg versperren: Gegen solche Barrieren setzt sich der Beirat der Menschen mit Behinderung ein. Doch zu einer barrierefreien Stadt gehört es auch, Bürgern mit seelischen Erkrankungen zu helfen. Hier müssten dringend Vorurteile abgebaut werden, hieß es in der Sitzung am Donnerstag.

„Ein Drittel aller Menschen hat kurzzeitig oder chronisch eine psychische Erkrankung“, sagte die Psychiatriekoordinatorin der Frankenthaler Stadtverwaltung, Melanie Krebs, in ihrem Vortrag im Beirat. Aus ihrer 14-jährigen Erfahrung in der Einzelfallhilfe für psychisch Erkrankte weiß Krebs um die tiefen Berührungsängste, mit denen sich die Betroffenen konfrontiert sehen. „Diese Krankheiten werden häufig mit Wahnvorstellungen und Psychosen in Verbindung gebracht. Aber statistisch gesehen leiden die meisten Patienten an Depressionen, Angststörungen und Suchterkrankungen.“

Das Umfeld lasse Betroffene mit ihren Problemen und Ängsten häufig allein. Mit verheerenden Folgen: „Es ist nicht die Krankheit, sondern die Isolation und Stigmatisierung, die zu Vereinsamung und Verwahrlosung



„Nicht die Krankheit, sondern die Stigmatisierung führt zur Vereinsamung“, sagt Psychiatriekoordinatorin Melanie Krebs. Sie berät über Hilfen. FOTO: DPA

führen kann – bis hin zum Verlust von Arbeit und Wohnung.“ Auch für Kinder der Betroffenen sei es wichtig, das Tabu um seelische Krankheiten zu brechen, denn: „Zwei Drittel dieser Kinder entwickeln später selber psychische Störungen.“

Einen Ausweg aus dieser Abwärts-

spirale sieht die Psychiatriekoordinatorin in einem offeneren Umgang mit seelischen Krankheiten. „Wünschenswert ist dieselbe Fürsorge, die wir an den Tag legen, wenn ein Nachbar sich das Bein gebrochen hat.“ Dazu gehöre ebenso der gleichberechtigte Dialog mit Angehörigen und

Freunden wie das Verständnis von Arbeitgebern und Vermietern. In ihrem Vortrag wies Krebs darauf hin, dass eine frühzeitige Behandlung entscheidend ist für eine erfolgreiche Therapie und verwies darauf, dass Frankenthal mit seinem Netzwerk für Betroffene und Angehörige sehr gut aufgestellt sei. „Wichtig ist allerdings, dass diese Angebote zukünftig stärker genutzt werden.“

„In meinem Freundeskreis und auch bei der Arbeit bin ich immer offen damit umgegangen“, sagt Ute Müller (Name von der Redaktion geändert), die seit ihrem 20. Lebensjahr an einer bipolaren Störung leidet. Nach einem Jahr krankheitsbedingter Pause konnte sie an ihren Arbeitsplatz bei der BASF zurückkehren. Wegen ihrer chronischen Krankheit gilt Müller als zu 50 Prozent behindert und hat einen Schwerbehindertenausweis. „Psychisch dauerhaft Erkrankte haben dieselben Recht wie körperlich behinderte Menschen“, sagt sie. Jedoch nütze das Gesetz Betroffenen wenig, solange Vorurteile nicht abgebaut würden.

KONTAKT

Infos und Beratungsangebote unter www.frankenthal.de in der Rubrik „Leben in Frankenthal“/ „Gesellschaft und Soziales“/ „Psychiatriekoordination“. jous

Die Rheinpfalz, 22.07.2016

Anlage 4

Aktionstag: Bürger testen die Barrierefreiheit

Wie barrierefrei die Stadt Frankenthal ist, wollen der Beirat der Menschen mit Behinderung und die Beauftragte für die Belange behinderter Menschen mit einer Aktion am Mittwoch, 4. Mai, von 11 bis 14 Uhr auf dem Rathausplatz deutlich machen. Sie rufen Frankenthaler Bürger dazu auf, die Barrierefreiheit ihrer Stadt zu beurteilen.

Auf Pläne können Passanten mit Klebepunkten markieren, wie weit Frankenthal auf dem Weg zur Barrierefreiheit ist. Zudem können sie auf einer Karte ihre Beurteilung konkretisieren, indem sie Beispiele für gelungene und weniger gelungene Barrierefreiheit nennen. „Damit entsteht ein Bild, welches zeigt, wie Frankenthaler Bürger die Zugänglichkeit ihrer Stadt wahrnehmen und wo noch Handlungsbedarf besteht“, sagt Birgit Löwer, städtische Beauftragte für die Belange behinderter Menschen.

Dabei soll es nicht nur um bauliche Maßnahmen, sondern auch um alltägliche Aspekte wie die Zugänglichkeit von Verkehrsmitteln, Kommunikationsmedien, Dienstleistungen oder die Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Freizeitangeboten gehen. „Nur der barrierefreie Zugang zu sämtlichen Bereichen des täglichen Lebens ermöglicht die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft“, sagt Kerstin Sauer, Vorsitzende des Beirates der Menschen mit Behinderung.

Oberbürgermeister Martin Hebich (CDU) eröffnet den Aktionstag, der erstmals in Frankenthal ausgerichtet wird, mit einem Grußwort. Unterstützt wird der Protesttag von der Aktion Mensch. (rhp)

Die Rheinpfalz, 03.05.2016

Frust über zu steile Rampen

Aktionstag zur Barrierefreiheit auf dem Rathausplatz – Kritikpunkte gesammelt

Frankenthal hat beim Ausbau der Barrierefreiheit noch Luft nach oben – dieses Bild hat der Aktionstag „Gemeinsam für eine barrierefreie Stadt“ auf den Rathausplatz vergangene Woche ergeben. Viele Besucher des Informationsstands nutzten die Gelegenheit, um persönliche Probleme vorzutragen.

Der Aktionstag wurde vom Beirat der Menschen mit Behinderung und von Birgit Löwer, städtische Beauftragte für die Belange behinderter Menschen, veranstaltet. Rund 30 Menschen mit und ohne Beeinträchtigung nutzten die Gelegenheit, ins Gespräch zu kommen – rund eine Stunde auch mit Oberbürgermeister Martin Hebich (CDU). Der OB beantwortete Fragen, nahm Anregungen entgegen und versprach, sofern möglich, Abhilfe bei Problemen. Im Gespräch mit der RHEINPFALZ betonte Hebich, dass Barrieren schon im Kopf existierten und der Umgang mit Behinderten oft verkrampft sei.

Vor allem Rollstuhlfahrer und Menschen mit Rollator kamen, aber auch junge Frauen mit Kinderwagen oder Nichtbehinderte, die auf Schwierigkeiten hinwiesen. Das Fazit war, dass es inzwischen viele barrierefreie Zugänge gibt, aber dennoch Probleme. So hätten manche Geschäfte zwar Rampen für Rollstuhlfahrer, aber diese seien oft zu steil, um sie allein bewältigen zu können. Gut wäre in solchen Fällen ein Hilfenopf, den man drücken könne. Das Kopf-



Zentrales Thema Mobilität: Birgit Löwer (Mitte) von der Stadtverwaltung im Gespräch mit Jürgen Schatz und Erika Rusch. FOTO: BOLTE

steinpflaster auf dem Rathausplatz sei zwar dekorativ, verursache aber bei Rollstuhlfahrern Schläge in den Rücken, so eine Frau. Kabel auf dem Marktplatz seien oft Stolperfallen, reklamierten andere.

„Wildes Parken“ an engen Stellen sei auch für Sehbehinderte eine Erschwernis und Busse, die zwar eine Rampe hätten, diese aber oft nicht betätigten, seien ein Ärgernis, hieß es. In Richtung der Stadtverwaltung gab es

unter anderem den Wunsch, weitere Bürgersteige abzusenken, um besser die Straße überqueren zu können. Positiv äußerten sich Besucher zu der Aufmerksamkeit von Politikern gegenüber den Belangen Behinderter.

Die Anliegen konnten auf Kärtchen notiert werden. „Wir werden die Kritikpunkte prüfen und mit Einrichtungen, Praxen oder Geschäften das Gespräch suchen, um Verbesserungen zu ermöglichen“, sagte Löwer. (ma)

Die Rheinpfalz, 09.05.2016



Anlage 5

Kritik an Hebich

Beiratsvorsitzende unzufrieden mit Verkehrspolitik

Beim Umgang mit dem Thema Falschparken fühle sie sich „persönlich von Herrn Oberbürgermeister Martin Hebich veralbert“. Das hat Kerstin Sauer, Vorsitzende des Beirats der Menschen mit Behinderung, in der Sitzung am Donnerstagabend gesagt.

Hebich habe auf ihre Anfrage, was wegen des illegalen Parkens in zahlreichen Straßen der Stadt unternommen werde, mitgeteilt, dass die Zuständigen für das Bewirtschaftungskonzept seit eineinhalb Jahren „nicht mehr getagt haben“, berichtete Sauer. Dabei gehe es auch um die Regel, dass vier Platten auf Gehwegen (das entspricht 1,20 Metern) freigehalten werden sollen. Die Arbeitsgruppe werde ihre Tätigkeit laut Hebich erst 2017 wieder aufnehmen.

Für Behinderte ohne oder mit Rollstuhl sei es oft schwierig, auf von Autos zugedachten Gehwegen durchzukommen, erklärte Sauer. Auch bei Verstößen gegen die „Vier-Platten-Regelung“ seien sich Ordnungsamt und Vollzugsbeamte uneinig, wie hier vorzugehen sei. Das habe sich bei einer Ortsbegehung in der Elisabethstraße gezeigt, an der sie selbst, Vertreter der Stadt und Vollzugsbeamte teilgenommen hätten. Hier sei „abwegig geparkt“ worden, dennoch ha-

be man keine Verstöße der Falschparker geahndet. Sauer forderte, dass der Stadtrat ein neues Konzept erarbeite, mit einer unverstellbaren Breite der Gehwege von 1,50 Meter.

Birgit Löwer, Geschäftsführerin des Beirats der Menschen mit Behinderung, kündigte für nächstes Jahr vier Sitzungen an. Die erste findet am Donnerstag, 26. Januar, statt. Außerdem sei geplant, einen Aktionstag in der Stadt zu veranstalten, an dem die Bürger in einem Selbstversuch lernen, mit welchen Problemen Behinderte beim Durchqueren der Stadt umgehen müssen.

Leider werde die neu eingeführte offene Sprechstunde von Behinderten kaum genutzt, sagte Löwer. Man plane, auch eine Telefonsprechstunde einzurichten. Einen neuen Schwerbehindertenparkplatz gebe es nun in der Glockengasse, so die Geschäftsführerin. Das Ruftaxi vom Ormsheimer Hof zum Hauptbahnhof fahre nun montags bis freitags im Stundentakt.

Melanie Krebs, Psychiatriekoordinatorin, kündigte für den 8. November, 18 Uhr, das Theaterstück „Wer gesund sein will, muss leiden“ im TAW an: Das Gastspiel der Theatergruppe Habba aus Heidelberg zeige ein parodistisches Stück über psychisch Kranke, Angehörige und Freunde. |ef

Die Rheinpfalz, 29.10.2016

Anlage 6

Ruftaxi erwünscht

Vorsitzende des Beirats für Menschen mit Behinderung berichtet im Stadtrat

Lob von allen Fraktionen gab es im Stadtrat für die Arbeit des vor zwei Jahren ins Leben gerufenen Beirats der Menschen mit Behinderung. Ausführlich informierte die Vorsitzende Kerstin Sauer in ihrem Bericht über die Arbeit des Gremiums.

Der Beirat sei in die Pläne zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes eingebunden worden und bringe sich in der interfraktionellen Arbeitsgruppe für das neue Parkraumbewirtschaftungs-Konzept ein, erläuterte Sauer. Letzteres sei allerdings zum Erliegen gekommen. Mit Blick auf zugestellte Gehwege und verbotswidrig genutzte Behindertenparkplätze sprach sie von einem „alltäglichen Spießrutenlaufen“.

Ausdrücklich unterstützt werde der Fahrdienst für Behinderte. Für eine bessere Anbindung von Stadtklinik und Ärztehaus sollte eine Ruftaxi-Linie eingerichtet werden, regte sie an. Für 2017 kündigte Sauer einen Aktionstag unter dem Thema „Behinderung und Beeinträchtigung erlebbar machen“ an.

Den Austausch zwischen Beirat und Verwaltung bezeichnete Oberbürgermeister Martin Hebich (CDU) als wichtig und unverzichtbar. Positiv bewertete Gabriele Bindert (CDU) die Arbeit des Beirats, der die Anliegen der Behinderten einer breiten Öffentlichkeit transparent mache. Carl Hezel (FWG) sagte: „Es macht Freude, in diesem Gremium mitzuarbeiten.“

Während sich Anne Gauch (Grü-

ne/Offene Liste) auf ein „herzliches Dankeschön“ beschränkte, hob SPD-Fraktionsvorsitzende Beate Steeg hervor, dass der Beirat den Blick für solche Dinge schärfe, die für Nichtbehinderte kein Problem bedeuteten. Und Ulrich Pender (Linke) stellte auf das Gebot der Rücksichtnahme ab, für das das Bewusstsein noch gestärkt werden müsse.

Bürgermeister Andreas Schwarz (SPD) berichtete über eine gemeinsame Begehung der Stadtklinik und lobte den Beirat, der behutsam und kostenbewusst mit Problemen, beispielsweise Orientierungshilfen in den Fahrstühlen und dunklen Ecken auf dem Außengelände, umgegangen sei. „Wir werden konstruktive Lösungen finden“, versicherte er. |ec

Die Rheinpfalz, 10.11.2016

Anlage 7

Nur zögerlich angenommen

Beirat der Menschen mit Behinderung will bekannter werden

Seit Oktober 2014 gibt es den Frankenthaler Beirat der Menschen mit Behinderung. Die Sitzungen sind öffentlich, werden aber selten von Betroffenen oder Angehörigen besucht, sagen die Mitglieder des Gremiums. Und auch die Sprechstunde werde nur zögerlich angenommen.

Eigentlich könnten sich Behinderte und deren Angehörige direkt an das Gremium oder dessen Mitglieder wenden. Es gibt die Möglichkeit zu Einzelgesprächen, und auch eine offene Sprechstunde ist Anfang 2015 eingerichtet worden. Doch diese Sprechstunde, die alle drei Monate stattfindet, werde nur sehr zögerlich angenommen, sagen die Mitglieder des Beirats.

Doch entmutigen lassen sich die Beiratsmitglieder dadurch nicht. Die Sprechstunde soll beibehalten werden. Um sie bekannter zu machen, soll in Kürze ein Flyer mit den Terminen im Rathaus sowie bei Ärzten und Apotheken ausgelegt werden, sagt Birgit Löwer. Sie ist Gleichstellungsbeauftragte der Stadt und auch für die Belange behinderter Menschen zuständig.

Nein, eine reine Beratungsstelle sei der Beirat der Menschen mit Behinderung natürlich nicht, betont dessen Vorsitzende Kerstin Sauer. Aber viele Fragen könnten im Gespräch geklärt werden. Hinweise, wer für welche Belange zuständig ist, können gegeben werden. In der Sprechstunde falle es vielen leichter, persönliche Anliegen vorzubringen als im großen Kreis. Vielleicht fehle der Sprechstunde einfach noch die Bekanntheit, vermutet



Wollen Behinderten und deren Angehörigen helfen (von links): Kerstin Sauer, Fritz Hellfahrt, Birgit Löwer, Stefan Pfleger und Elisabeth Boldt. FOTO: BOLTE

Sauer. Auch auf der Homepage der Stadt seien viele Ratschläge für Behinderte zu finden. „Betroffene sollten sich generell nicht scheuen zu fragen“, rät sie.

Dass die Sprechstunde hilfreich sein kann, zeigen die Fälle, bei denen der Beirat bislang mit Rat und Tat zur Seite stand. Stefan Pfleger, stellvertretender Vorsitzender des Beirats, zieht dann auch eine positive Bilanz. „Manchmal kann ein Gespräch schon Problemlösungen aufzeigen“, sagt er. So habe er beispielsweise einem Rollstuhlfahrer geholfen, der sich über

abgestellte Fahrräder geärgert hatte, die ihm den Zugang zu seiner Wohnung erschwerten. Pfleger gab ihm Tipps und machte darauf aufmerksam, dass Nicht-Behinderte oft einfach nicht die Schwierigkeiten ahnten. Ein anderer Mann habe sich Sorgen um seine Frau gemacht. Diese habe sich aufgrund ihrer Krankheit immer mehr isoliert. Auch Informationen zu Selbsthilfegruppen und integrativen Wohnformen seien immer wieder aufgetaucht, ebenso Fragen nach Arbeitsmöglichkeiten für Behinderte.

Wenn die Sprechstunde künftig bekannter wird, werde diese sicher auch besser angenommen, sind die beiden Beiratsmitglieder Elisabeth Boldt und Fritz Hellfahrt überzeugt. Erfreulich sei aber, dass der Beirat bei einigen Projekten unterstützend und beratend mitgewirkt habe, beispielsweise bei der Gestaltung des Bahnhofsumfelds, für das schon in der Planungsphase Vorschläge aus dem Gremium kamen. (ma)

ZUR SACHE

Der Beirat für Menschen mit Behinderung

Wenn Behinderte oder deren Angehörige eine Frage oder ein Anliegen haben, können sie sich an Birgit Löwer, Gleichstellungsbeauftragte und gleichzeitig Beauftragte für die Belange behinderter Menschen, unter Telefon 06233 89385 oder per E-Mail an behinderung@frankenthal.de wenden. Die Offene Sprechstunde des Beirats findet vierteljährlich im Erdgeschoss des Dathenushauses statt. Als Termine stehen für 2016 bislang der 16. Juni und der 29. September, jeweils 16 bis 17 Uhr, fest. Die nächste Sitzung des Beirats findet am Donnerstag, 14. April, 17 Uhr, im Sitzungszimmer im Rathaus II, Neumayerring 72, statt. Weiterer Sitzungstermine: 14. Juli und 27. Oktober. Die Geschäftsstelle ist im Rathaus, erstes Obergeschoss, Zimmer 256, zu finden. Einen barrierefreien Zugang gibt es über den Seiteneingang zum Rathaus mit Aufzug in der Färbergasse. (ma)

Impressum

| | |
|---------------|--|
| Herausgeberin | Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz) Geschäftsstelle des Beirates der Menschen mit Behinderung Rathausplatz 2-7 67227 Frankenthal Telefon 06233 89-385 E-Mail birgit.loewer@frankenthal.de |
| V.i.S.d.P. | Kerstin Sauer, Vorsitzende des Beirates der Menschen mit Behinderung |
| Druck | Rathaus-Druckerei |
| Auflage | 50 |
| Stand | Juli 2017 |